

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktions- und Geschäftsstelle: Dresden, Postfach 2541  
Telefon-Nr. 2541  
Druck- und Verlagsanstalt: Dresden, Postfach 2541

Bezugspreis: Bei regelmäßiger Bestellung monatlich 2.00 Mk. (einhalbjährlich 10 Mk., halbjährlich 5 Mk.)  
Einzelhefte 10 Pf. (ab 10 Hefen 1.00 Mk.)  
Abbestellung: Bis zum 1. d. Monats vor dem Abgang des Heftes.  
Anzeigen: 1. Spalte 10 Pf., 2. Spalte 8 Pf., 3. Spalte 6 Pf. pro Zeile pro Tag.  
Langfristige Anzeigen: Preis nach Vereinbarung.

Druck- und Verlag: Henschel & Wilsdorf, Dresden, Postfach 2541. 1088 Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unterdrückung  
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

## Die Besprechungen in Stimson's Villa

### Brüning fordert kürzere Reichswehrdienstzeit

Alles neu . . .

Paris, 30. April. Der Außenminister des „Echo de Paris“ will heute aus Genf den amerikanischen Abrüstungsvorschlag mitteilen können. Nach dieser Darstellung wünscht Staatssekretär Stimson nicht, daß die Konferenz sich verweigere.

Er sei — und Macdonald teile die Ansicht zu teilen — der Meinung, daß die Abrüstungskonferenz auseinandergehen könnte, nachdem folgende drei Punkte erörtert worden seien und die Form eines Vertrages angenommen hätten:

1. Beitritt Frankreichs und Italiens zum Londoner Flottenabkommen vom April 1906;
2. Verbot gewisser Offensivwaffen;
3. Herabsetzung der Heeresbestände, wobei als Berechnungsgrundlage das deutsche Heer genommen werde, das die unerlässliche Mindesttruppe zur Sicherung der inneren Ordnung und der Grenzpolizei eines Landes von 65 Millionen Einwohnern darstelle.

Das Blatt teilt weiter mit, daß der amerikanische Delegierte gewissen Delegationen eine Tabelle übergeben habe, in der für jedes Land die auf Grund obenerwähnter Berechnung in Frage kommenden Ziffern angegeben seien. Danach belägen das englische und das amerikanische Heer weit weniger Effektivbestände, als ihnen zukommen würden, während Frankreichs Truppenbestände um etwa 100 000 Mann herabgesetzt werden müßten.

Dr. Brüning habe bei der Unterredung mit Macdonald und Stimson gefordert, daß Deutschland bevorzugt sein solle, die Militärdienstzeit in der Reichswehr herabzusetzen.

Es würde also ein schwierig zu bewerkstellender Ausgleich zwischen der Berufsarmee Deutschlands und der auf der einjährigen Dienstzeit aufgebauten französischen Armee festzustellen haben. Französischerseits werde gesagt, daß der amerikanische Plan sich kaum mit den Anforderungen der französischen Landesverteidigung und den Wünschen über die Zusammenziehung der französischen Armee vereinbaren lasse. Außerdem habe Stimson die Frage der Sicherheit vollkommen außer acht gelassen.

Der Genfer Sonderberichterstatter des „Matin“ behauptet, in der gestrigen Genfer Sitzung der Delegationsführer habe Macdonald vorgeschlagen, jede weitere Diskussion der Abrüstungskonferenz möglichst bis zum 1. Juni zu vertagen. Er habe dies mit der Notwendigkeit begründet, die Konferenz politisch vorzubereiten. Das heißt, daß die bisher geleistete Arbeit seiner Ansicht nach keinen Zweck gehabt habe. Stimson habe sich dieser Ansicht Macdonalds angeschlossen, aber doch gemeint, daß eine zu lange Aussetzung der politischen Aussprache die öffentliche Meinung unangenehm betrüben würde.

Er habe deshalb an Paul Boncour die Frage gerichtet, ob er glaube, daß nach den französischen Wahlen ein Kompromiß zwischen den deutschen Forderungen und dem französischen System leichter zu erzielen sein würde.

Paul Boncour habe nur erwidert, daß die französische Delegation bereit sei, in privater oder öffentlicher Sitzung den Mechanismus ihres Vorschlags einer internationalen Organisation der Sicherheit darzulegen. — Daraufhin habe man grundsätzlich beschlossen, die nächste Sitzung der Delegationsführer am 12. Mai abzuhalten.

### Ueberraschung über Deutschlands Angebot

London, 30. April. Das Genfer Angebot Deutschlands, als völlig entwaffnete Großmacht auf seine Panzerschiffe unter gewissen Voraussetzungen verzichten zu wollen, hat in der Londoner Presse große Ueberraschung und großes Aufsehen erregt. Die Zeitungen kündigen dieses Ereignis in großen Ueberschriften ihren Lesern an.

### Der Völkervertrag verliert sich

Genf, 30. April. Die Völkervertragsversammlung hat unter Stimmenthaltung Japans heute einstimmig die Entscheidung über die Schanghaier Waffenstillstandsverhandlungen angenommen und sich sodann bis zu einer neuen Einberufung verlagert.

## Tardieus Krankheit „sehr zeitgemäß“

### Der „Tempo“ noch in Kriegspsychose

Paris, 30. April. Der offizielle „Tempo“ verurteilt in seiner scharfen Weise die Erklärungen Brüning's vor der Presse, abgesehen von der Auffassung des Blattes in erster Linie für die deutsche Öffentlichkeit bestimmt seien.

Wenn der Reichskanzler die Absicht gehabt habe, seine Erklärungen in der ursprünglichen für Freitag vorgesehene Zusammenkunft der fünf Minister näher zu entwickeln, so brauche man nicht zu bedauern, daß diese Zusammenkunft nicht stattfände.

Wenn Dr. Brüning sich als ein entschlossener Anhänger der Aufsichtung auf der Grundlage der Gleichheit des Rechts bekenne, so bedeute dies die Zurückweisung der Militärklausein des Versailler Vertrages. Der Reichskanzler habe besonders die angeblichen zahlreichen Enttäuschungen Deutschlands während der letzten Jahre unterstrichen. Aber kein Volk, das für einen verlorenen Krieg verantwortlich sei, den es offensichtlich vom Zaune gebrochen (!) und in dessen Verlauf es dauernd die Menschenrechte verletzt habe, habe von der Welt herabgelacht (!) seiner Besieger so viel erhofft, wie Deutschland erreicht habe. Die Enttäuschungen seien bisher stets auf Seiten der glücklicheren Deutschlands und der Opfer des Krieges gewesen.

Wie verlautet, ist der Zustand des Ministerpräsidenten Tardieu aufrichtend. Alle gegenteiligen Nachrichten seien aus der Luft gegriffen. Das Fieber habe an, sei jedoch nicht hoch. Das Verlangen der Stimme sei allerdings noch vollständig, so daß der Ministerpräsident zu vollständigem Genesung genötigt werde. Immerhin habe er am Donnerstagabend seine eigene, vom Unterstaatssekretär Rathala verlesene Rede im Mundstumpfen anhören können.

In diesen politischen Kreisen mehren sich die Stimmen, die die Erkrankung des Ministerpräsidenten für, wenn auch bedauerlich, so doch „sehr zeitgemäß“ halten.

Tardieu sei es dadurch erspart geblieben, die französische Forderung unter höchst ungünstigen Umständen zu verteidigen. Die Aussprache mit Dr. Brüning, Macdonald und Stimson hätte zu nichts geführt, da die Auffassungen zu stark voneinander abwichen. Man stellt hier das völlige Versagen der Abrüstungskonferenz in ziemlich unumwundenem und bereitet sich darauf vor, die Schuld an einem negativen Verlauf der Konferenz nach erprobtem Rezept ausschließlich den anderen in die Schuhe zu schieben.

Die Ausfälle des „Tempo“ gegen Deutschland sind so hinüberdrannt, daß sich eine sachliche Auseinandersetzung nicht lohnt. Man muß sie nur unterstreichen, um zu zeigen, was vierzehn Jahre nach dem Kriege und sieben Jahre nach Rocarno in einer angesehenen, regierungsoffiziellen

Pariser Zeitung an Verdrehung der geschichtlichen Tatsachen noch möglich ist. Und noch eine andere Lehre muß man daraus entnehmen: daß nämlich Frankreich, wenn es diplomatisch in die Enge getrieben wird, die Verteidigung seiner Interessen in der Abrüstungsfrage ebenso wie in der Tributfrage letzten Endes immer noch auf die Kriegsschuldfrage stützt. Dieser Punkt wird von der deutschen politischen Führung gelassen übersehen, weil sie eine internationale Debatte über dieses Thema vermeiden möchte. Wenn aber die Genfer Verhandlungen zu einem Erfolge geführt werden sollen, dann muß auch diese Frage aufgerollt und mit dem Widerruf der Kriegsschuldfrage das Fundament des Versailler Vertrages erschüttert werden.

### Die italienische Presse berichtet

Deutsche Winke nach Paris

Berlin, 30. April. (Eig. Drahtmeldung.) Nach Meldungen aus Mailand hat es in römischen politischen Kreisen heutzutage, daß der „Tempo“ sich aus Rom melden ließ, in Italien würde der Wahlsieg der Nationalsozialisten mit Unbehagen aufgenommen. „Giornale d'Italia“, „Popolo d'Italia“ und andere Blätter bezeichnen diese Auffassung, die offenbar auf einer Verwechslung der italienischen mit der französischen Presse beruht, wie „Giornale d'Italia“ sich ausdrückt, richtigzustellen. Diese Meldung hat das eine Gute, sagt die Redaktion, daß sie dadurch Gelegenheit erhalten, das Gegenteil von der französischen Behauptung nochmals zu erklären. „Popolo d'Italia“ ist ausführlicher und schreibt: Die Niederlage der Sozialdemokratie in Deutschland interessiert die französische Öffentlichkeit nur deshalb, weil Frankreich innerhalb von zehn Jahren zwei große Enttäuschungen erleben mußte:

Das ist erst Rom durch den Regierungsantritt des Faschismus und nun Berlin von dem geistigen Einfluß Frankreichs losmacht.

In gewissen europäischen Hauptstädten hatten die französischen Vorkämpfer die Stellung von Protagonisten. Für Rom ist das endgültig vorbei, für Berlin wird das ebenso werden. Es bleiben noch Belgrad, Prag, Bukarest und Warschau. Aber diese Städte wiegen den erlittenen Verlust nicht auf. „Eine Masse von unruhig Verzweifelten“ hat der „Tempo“ die Osterreichbewegung genannt. Aber es sind die Bedingungen, die Deutschland auferlegt wurden und von denen Frankreich nicht lassen will, wie auch die unproduktive und schlecht orientierte Politik der Sozialdemokratie, die das ganze deutsche Volk zur Verzweiflung getrieben haben. Und deshalb ist es, so fährt das Blatt fort, leicht festzustellen, auf welcher Seite die Führer des Weltfriedens stehen.

Der 1. Mai, in Sachsen dank unseres Staatsparteilichen Splitters immer noch revolutionärer Erschließung, wird auch in diesem Jahre von der Sozialdemokratie mit Pauken und Trompeten gefeiert. Freilich, es mag für manchen Führer bitter sein, Festreden zu halten, wo man auf und bran ist, Preußen, das letzte Bollwerk aus dem Novemberumsturz, endgültig zu verlieren. Aber solange die Zweite Internationale besteht, müssen die talendmäßig fälligen Parteifeste gefeiert werden. Als ein Geselager, dessen Anhängerschaft immer mehr abwärtsdriftet, zieht der Gesamtmarxismus zur Maidemonstration.

Diese milde Stimmung teilt sich auch dem Malauruf der Sozialdemokratie mit. Hat noch auf dem Kongress der Freien Gewerkschaften der Erste Vorsitzende Leipzig stramme Töne gegen Frankreich gefunden, so plätschert der Malauruf wieder in dem leichten Gewässer von europäischem Gemeinheitswillen und der Notwendigkeit einer unterwerfungsbereiten Verständigung selbst mit Tardieu. Die Beglückung der Verfasser darüber, daß sie wieder in der altgewohnten Sprache sprechen können, ist deutlich zu spüren. Vor der Wahl hat man aus dem sozialistischen Lager ein paar nationale Töne vernommen, gegen die Tribune und den Genfer Abrüstungsstab. Aber sie waren falsch und konnten die Wahlunterlage nicht mehr aufhalten. Sie kamen um vierzehn Jahre zu spät und machten deshalb begreiflicherweise auf diejenigen, die sich bei diesen Wahlen zum ersten Male in größeren Scharen enttäuscht vom Internationalismus abwandten, keinen Eindruck mehr. Und weil auch das nationale Schutzwand die Sozialdemokratie nicht mehr vor dem Ältern retten kann, kehrt man wieder zu den vertrauten Phrasen zurück. Aber es liegt darin zu viel Resignation, um, mit Ausnahme der alten unentwegten Parteigarde, noch auf jemanden Eindruck zu machen. Wehrt nicht auf die Jugend, die am eigenen Leib erfährt, was uns die Unterwerfung unter Frankreichs Tributpolitik gekostet hat.

Man hätte eigentlich erwarten sollen, daß, wenn schon demonstriert werden muß, der Marxismus dann für die Freiheit der deutschen Arbeiterschaft von weiterer Tributfron marschieren würde. Das hätte auhenpolitische Wirkungen haben können, durch die diese Malatzen zum ersten Male so etwas wie einen Sinn bekommen würden. Statt dessen demonstriert man für Unterwerfung unter Frankreichs Willen, denn nichts anderes bedeutet nach allen Erfahrungen die sogenannte „Verständigung“ mit der einzigen Macht, die am Tributsystem festhalten will, und gegen den Faschismus, weil Italien einer der lautesten Auser gegen die Tribute ist. Nebenbei läßt man noch rasch sein Müßchen am japanischen „Imperialismus“, denn erstens ist er weit weg, und er soll ja die „größte“ Sorge der deutschen Arbeiterschaft sein, und zweitens ist man das der kommunistischen Konkurrenz schuldig. Die Moskauer Filiale in Deutschland, die vor ihren Wahlmiserfolgen einmal im Wettbewerb mit der nationalen Bewegung von „nationaler Befreiung“ und heiligem Kampf gegen Versailles und den Youngplan gesprochen hat, demonstriert jetzt, wo der Kampf um die Tribute brennend wird, für die getabete irrsinnige Parole: Schützt Sowjetchina! Die Chinesen werden sich wundern, wenn sie erfahren, daß sie von unseren Kommunisten für den Sowjetgedanken gewonnen worden sind. Das Deutschland des Schubes viel bedürftiger ist, als jeder andere Staat, und daß sich hierfür insbesondere die deutsche Arbeiterschaft einsetzen muß, darüber schweigen die oft so feindseligen Brüder in Marx in beachtenswerter Einträchtigkeit.

Man muß schon geistige Purzelbäume schlagen, um diese Einstellung überhaupt zu fassen. Unsere Linke ist ja nicht einmal durch den mehr brutalen als geschickten Streich Tardieus heilföhrig geworden, mit dem er die Abrüstungskonferenz just in dem Augenblick geprenat hat, als die Aussprache der Hauptbeteiligten an das Prinzipielle, an die Gleichberechtigung Deutschlands, rührte. Sie glaubt Tardieu das, was der Mediziner sehr treffend die „Flucht in die Krankheit“ nennt, und sie will nicht sehen, daß Frankreich entschlossen ist, jede Entscheidung zu sabotieren, die zu seinen Ungunsten ausfallen muß. Wie rührend kindlich das Gemüt der Redaktion des sozialdemokratischen Zentralorgans manchmal, wenn es sich um Frankreich handelt, sein kann, ergibt sich aus dem jüngsten Geständnis, man hoffe auf eine verständigungsbedeute Regierung in Frankreich als Ergebnis der Kammerwahlen, die freilich nur nützlich sein könne, wenn gleichzeitig die innerpolitische Entwicklung in Deutschland dazu führen würde, daß bei und eine ebenso verständigungsbedeute Regierung aus Ruher käme. Also Brüning genügt demnach nicht, es müßte schon der ewige Außenministerhandbat Breitscheid sein. Mit der Hoffnung auf einen politischen Kurswechsel in Frankreich nach den Wahlen haben wir uns an dieser Stelle bereits gebührend auseinandergesetzt. Sie ist ein Irrtum des sozialistischen Unterwerfungswahns. Aber mozu dieses außenpolitische Verfehlenspiel? Der „Vorwärts“ hat ja schon längst, nämlich am 7. Januar 1911, das Gekes Ziel der Sozialdemokratie mit unübertrieblicher Eindringlichkeit mit den Worten geschildert: „Deutschland hat sein